

67.1.1
Doris Hubert

**Bundesförderprojekt Schützenpark
Hier: Entschlammung Teich**

Gesamtstellungnahme des Umweltschutzamtes

Stellungnahme der unteren Wasserbehörde (18.1.1)

Laut Konzept und Leistungsbeschreibung soll der Schützteich in einer Weise unterhalten werden, nach welcher das Entnehmen von Sediment an der Gewässersohle nötig ist. Dabei soll das bei der Entschlammung des Schützteiches anfallende Sediment mittels technischer Anlagen unter Beigabe eines Flockungsmittels entwässert und das daraus resultierende Abwasser wieder in den Schützteich eingeleitet werden.

Wasserrechtlich sind dabei zwei getrennte Gewässerbenutzungen notwendig.

Erstens die Gewässerunterhaltung, welche nach § 39 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die Erhaltung des Gewässerbettes beinhaltet.
Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen eine Entschlammung des Schützteiches, wenn die Notwendigkeit gegeben ist.

Zweitens das Einleiten von Abwasser nach § 54 WHG, definiert als physikalisch oder chemisch verändertes Wasser, aus den technischen Anlagen in den Schützteich.
Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen eine Wiedereinleitung des entstandenen Abwassers aus der Entwässerung des entnommenen Sediments des Schützteiches, wenn dabei die Gewässerqualität nicht, auch nicht kurzfristig, verschlechtert wird.

Daher sind folgende Hinweise bei der Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnis und der Durchführung der Arbeiten zu beachten.

Hinweise:

1. Es ist zwingend eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Durchführung der Arbeiten zu beantragen. Im Zuge des Erlaubnisverfahrens werden, abhängig vom eingereichten Antrag, weitere Auflagen formuliert werden.
2. Flockungsmittel und Flockungshilfsmittel sind generell umweltgefährdend, da neben der Gefahr der negativen chemischen Veränderungen durch die Beigabe auch die Gefahr der Veränderung der Sedimentation im Abstrom besteht. Somit ist durch geeignete Analysen nachzuweisen, dass keine Flockungsmittel und Flockungshilfsmittel mit dem Abwasser eingeleitet werden.
3. Eine Rücklösung der am Sediment sorbierten Schadstoffe ist durch die Behandlung in den technischen Anlagen nicht auszuschließen. Das Abwasser ist zu analysieren und entsprechend der Befunde des Sediments auf weitere Schadstoffe zu überprüfen und gegebenenfalls zu reinigen oder anderweitig zu entsorgen.

4. Auskünfte zu wasserrechtlichen Fragestellungen erteilt Herr Dietzel, untere Wasserbehörde, Holstenstraße 108, 24103 Kiel, Tel.: 0431/901-4879, E-Mail: fabian.dietzel@kiel.de

Ansprechpartner: Fabian Dietzel, Tel.: 4879

Stellungnahme der unteren Bodenschutzbehörde (18.1.2)

Aus Sicht der Bodenschutzbehörde sind im Rahmen des Projekts insbesondere Aspekte des Bodenschutzes zu berücksichtigen, da große Bereiche des Schützenparks über wenig anthropogen geprägt sind und zudem die Nutzung der Parkfläche als sensibel betrachtet werden darf. Die Bundesbodenschutzverordnung weist für Parkflächen für den Spatzboden-Mensch eigene Prüfwerte im Oberboden aus.

Auflagen

1. Um sicherzustellen, dass der Bodenschutz ausreichend Rechnung getragen wird, ist eine/r zertifizierte bodenkundliche Baubegleiter/in zu beauftragen, welche/r folgende Aufgaben übernimmt:
 - a.) Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes in den Phasen der Planung, Projektierung und Ausschreibung. Hierbei sind zum einen die Baustelleneinrichtungsfläche zu thematisieren. Das im vorliegenden Konzept ausgewiesene Baustelleneinrichtungsfläche auf der Baustelle ist ggf. noch einmal zu evaluieren. Zum anderen sind Maßnahmen zu erörtern, die für einen ausreichenden Schutz des Bodens vor Kontaminationen während der Bauphase, des Transports, der Lagerung und Behandlung sowie Entsorgung des Schlammes und der Rückführung des Filtratwassers sorgen. Das Bodenschutzkonzept ist mit der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen. Von der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmende Bodenschutzmaßnahmen unterliegen vor Ausführung der Zustimmung der unteren Bodenschutzbehörde.
 - b.) Vor Beginn der Maßnahme entwickelt der/zertifizierte bodenkundliche Baubegleiter/in ein Handout mit den wichtigsten Highlights des Bodenschutzkonzeptes für die ausführenden Firmen. Mit dem Handout werden alle Gewerke durch die/ den zertifizierten bodenkundlichen Baubegleiter/in vor Aufnahme der jeweiligen Arbeiten unterwiesen. Die Unterweisung wird von den Teilnehmern schriftlich bestätigt. Handout und Teilnehmerliste sind der unteren Bodenschutzbehörde vorzulegen.
 - c.) Durchführung einer bodenkundlichen Baubegleitung während der Ausführung zur Umsetzung des Bodenschutzkonzeptes. Hierfür nimmt der/zertifizierte bodenkundliche Baubegleiter/in regelmäßig an Baustellenterminen teil und wird bei Bedarf spontan hinzugezogen werden. Von wichtigen Besprechungen und Entscheidungen fertigt der/die bodenkundliche Baubegleiter/in ein Protokoll mit der Dokumentation an und schickt diese den Projektverantwortlichen sowie der unteren Bodenschutzbehörde.
 - d.) Nach Abschluss der Maßnahmen wird eine kleine Abschlussdokumentation von der/dem bodenkundlichen Baubegleiter/in verfasst. Art und Umfang der Dokumentation wird mit der unteren Bodenschutzbehörde abgestimmt.
2. Der Maßnahmenbeginn ist der unteren Bodenschutzbehörde fünf Arbeits Tage vorher schriftlich anzuzeigen.

Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde (18.2.1)

Hinweis: Abgestimmte Stellungnahme vom 10.12.2025 liegt bereits vor.

Thema: Naturschutz:

Die Stellungnahme vom 10.12.2025 hat weiterhin Bestand.

Ansprechpartnerin: Petra Harmeling, Tel.: 3760

Thema Artenschutz:

Die Stellungnahme vom 10.12.2025 hat weiterhin Bestand.

Ansprechpartner: Christoph Stolle, Tel.: 3740

Stellungnahme der unteren Abfallbehörde (18.4.2)

Laut Konzept und Leistungsbeschreibung soll der Schützenteich entschlammt werden. In Anlage 3 ist die Abfallrechtliche Einordnung der Schlämme aus der In-Situ Beprobung von Juni 2025 enthalten. Die Probe MPF 07/25 weist im Gegensatz zu den anderen Proben erhöhte Feststoffwerte an Zink und MKW C10-C40 auf und ist als ökotoxisch und somit als gefährlicher Abfall einzustufen.

Gegen das Vorhaben bestehen aus Sicht der unteren Abfallentsorgungsbehörde (uAB) keine Bedenken, wenn die folgenden Auflagen und/oder Hinweise in den Genehmigungsbescheid aufgenommen werden.

Auflagen:

1. Der **Beginn der Maßnahme** ist der uAB unter Nennung des beauftragten Unternehmens spätestens 5 Arbeitstage vor Beginn von der Bauherrin schriftlich anzuzeigen.
2. Vor Beginn der Maßnahme ist für die einzelnen anfallenden Abfallchargen ein Probenahmekonzept mit der uAB abzustimmen.
3. Vor Beginn der Maßnahme ist ein Baustelleneinrichtungsplan der uAB vorzulegen. Die Art der Lagerung der anfallenden Abfallchargen ist anzugeben und kenntlich zu machen (Lagerung in flüssigkeitsdichten Containern und/oder auf Halde mit Abplanung).
4. Spätestens 4 Wochen nach Abschluss der Entsorgung aller bei der Baumaßnahme anfallenden Abfälle ist der uAB deren Entsorgung nachzuweisen (Abschlussdokumentation z. B. als tabellarische Auflistung).
5. Die uAB ist am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Hinweise:

1. Die bei der Maßnahme anfallenden Abfälle (Sand, Baggergut etc.) sind vor der Entsorgung nach der Abfallverzeichnisverordnung hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit einzustufen. Die Einstufung kann nach den „Technischen Hinweisen zur Einstufung von Abfällen nach ihrer Gefährlichkeit“ gemäß LAGA; Stand Juli 2025, erfolgen.
2. Der Umgang mit gefährlichen Abfällen ist in der Nachweisverordnung geregelt. Es ist das elektronische Nachweisverfahren zu führen. Die uAB kann für die Bauherrin als Abfallerzeuger fungieren und die erforderlichen elektronischen Dokumente erstellen.
3. Das Probenahmekonzept für die einzelnen Abfallchargen sollte auch mit der jeweiligen Entsorgungsanlage abgestimmt werden.

Ansprechpartner*in: Annett Hehl, Tel. 5826